

Im Vorfeld des britischen Referendums zum Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union wünschen sich viele Deutsche ebenfalls ein eigenes Referendum.

45% sagen, dass sie einen ähnlichen Prozess durchlaufen wollen, während weniger (40%) dagegen sind und 15% sich nicht entscheiden können.

Diese Ergebnisse stammen aus einer Studie der University of Edinburgh in Kooperation mit dem deutschen Think Tank Ipart. Für die Studie wurden über 8000 Menschen in einer repräsentativen Umfrage in Deutschland, Frankreich, Polen, Irland, Spanien und Schweden zu ihren Ansichten zum britischen Referendum und den Konsequenzen für ihre eigenen Länder und die EU befragt.

Ein eigenes EU-Referendum ist populärer in Deutschland als in Polen und Irland, wo mehr Befragte dagegen als dafür sind. Der Zuspruch ist jedoch noch größer in Spanien (47%), Schweden (49%) und Frankreich (53%).

Wenn ein solches Referendum stattfinden würde, würden 60% der Deutschen klar für einen Verbleib Deutschlands in der EU abstimmen, während 27% sagen, sie würden für einen Austritt Deutschlands aus der EU votieren (14% sind unentschlossen).

In allen Ländern würden mehr Leute für einen Verbleib stimmen als für einen Austritt. In Schweden (42%) und Frankreich (45%) ist der Anteil derer, die sich klar dafür entscheiden jedoch deutlich geringer, in Polen (66%), Spanien (68%) und Irland (69%) jedoch noch höher als in Deutschland.

In Hinblick auf das britische Referendum wünscht sich eine Mehrheit in allen sechs Ländern, dass sich das Vereinigte Königreich dazu entscheidet, in der EU zu verbleiben. In Deutschland gibt es dazu eine klare Mehrheit mit 73%, während Franzosen am negativsten eingestellt sind: Hier würden sich nur 56% für einen Verbleib Großbritanniens in der EU entscheiden.

Sollten sich die Briten für einen Austritt aus der EU entscheiden, würden sich mit 46% mehr als doppelt so viele Deutsche dennoch für einen Verbleib Großbritanniens im Europäischen Binnenmarkt entscheiden. Nur 22% würden für den Ausschluss Großbritanniens davon votieren.

In Frankreich (39%) und Spanien (42%) hingegen würden deutlich mehr Menschen für einen Ausschluss Großbritanniens aus dem Europäischen Binnenmarkt votieren, sollte das Vereinigte Königreich aus der EU austreten.

Die Deutschen sind die einzige Nation in dieser Umfrage, die mehrheitlich einen substantiellen Einfluss ihrer Regierungschefin auf die Verhandlungen mit Großbritannien auf EU-Ebene sahen. Während 56% der Deutschen sagten, Angela Merkel hatte großen oder zumindest einigen Einfluss auf die Verhandlungen, sagten das nur zwischen 11% und 24% in den anderen fünf Staaten über ihre jeweiligen Regierungschefs.

Während Deutsche besondere Ausnahmen für Großbritannien als Mitglied der EU weitestgehend ablehnen, stoßen einige der Vorschläge für EU-weite Veränderungen auf allgemeine Zustimmung in Deutschland. 46% der Deutschen befürworten, dass Einwanderer aus anderen EU-Staaten in ihrem neuen Land weniger staatliche Leistungen in Anspruch nehmen können sollten (bei nur 24% Widerspruch dazu). Und 45% der Deutschen Umfrageteilnehmer sprechen sich für eine Reduzierung von EU Wirtschaftsregulierungen aus (bei 26% Ablehnung dieses Vorschlags).

Dr. Jan Eichhorn, einer der Autoren der Studie, kommentierte die Ergebnisse so: „Das britische EU Referendum wird, unabhängig von seinem Ausgang, nicht nur Konsequenzen für das Vereinigte Königreich haben, sondern für die EU insgesamt. Bestrebungen für mehr direkte Beteiligung finden sich in vielen Ländern, auch in Deutschland. Darüber hinaus finden einige der Änderungsvorschläge auf europäischer Ebene auch Zustimmung in anderen Teilen des Kontinents.“

Die Studie „The view from the continent: What people in other member states think about the UK’s EU referendum“ wurde vom Economic and Social Research Council Großbritanniens in dessen „UK in a Changing Europe“ Programms gefördert. Sie wurde unter dem Dach des Applied Quantitative Methods Networks „AQMeN“ von den Partnern dpart und der University of Edinburgh durchgeführt.

Ein detaillierter Bericht zu den Ergebnissen der Studie und eine Beschreibung der Methodik können hier abgerufen werden: <http://aqmen.ac.uk/EUUKsurveyresults>

Die Studie wird am 17. März in Berlin öffentlich vorgestellt. Details zur Veranstaltung finden Sie hier: <http://aqmen.ac.uk/EUUKBerlin>

Bei Presse-Nachfragen wenden Sie sich bitte an den Studienleiter: Dr Jan Eichhorn, Jan.Eichhorn@ed.ac.uk, +44 75 35 434 014

Mit besten Grüßen
Dr. Götz Harald Frommholz

Dr. Götz Harald Frommholz
Managing Director

dpart - Forschung für politische Partizipation gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)
Keithstr. 14
10787 Berlin

Unterstützen Sie uns mit einer Spende über Betterplace: www.betterplace.org/p21082

M | +49 1755258439
E | gh.frommholz@dpart.org
Twitter | [gh_frommholz](#)
Web | dpart.org

Sitz: Berlin / Amtsgericht - Registergericht - Charlottenburg: HRB 155764 B; Steuernummer:
27/611/04490
USt-IdNr.: DE293672192
Geschäftsführer: Dr. Jan Eichhorn und Dr. Götz Harald Frommholz